

Landtagswahl 2016 in Baden-Württemberg



Der VCD-Regionalverband Rhein-Neckar hat Wahlprogramme analysiert: Was planen die Parteien mit (laut Prognosen) realistischer Chance auf den Einzug in den Landtag zum Thema Mobilität?

Die vollständigen Wahlprogramme der vier aktuell im Landtag vertretenen Parteien finden Sie im Internet auf der Landtagswahl-Homepage der Landeszentrale für politische Bildung www.landtagswahl-bw.de, dasjenige der AfD unter www.afd-bw.de/wahlprogramm.



Die CDU bekennt sich "klar zum Automobilland Baden-Württemberg". Sie will leistungsfähige Verkehrswege und attraktive Angebote im öffentlichen Verkehr. Nach Jahren des „Stillstands“ im Straßenbau fordert sie einen Paradigmenwechsel. Sie setzt sich stark für die Bedürfnisse älterer Menschen im Verkehr ein.

Auto: Die CDU will 200 Mio € jährlich in Landesstraßen investieren, davon 70% für Erhalt und Sanierung. Zusätzlich will sie möglichst viele Mittel aus Brüssel und Berlin ins Land holen und den kommunalen Straßenbau stärken. Sie will Tempolimits auf Wohngebiete beschränken und Umweltzonen überprüfen. Sie lehnt generelle Tempolimits auf Autobahnen und Fahrverbote ab.

Öffentlicher Verkehr: Die CDU will den ÖPNV stärken und strebt langfristig einen landesweiten Verkehrsverbund an. Sie will Bürgerbusse und Ruftaxis unterstützen und stündliche Sprinter für den Berufsverkehr in die Ballungszentren einführen. Sie will die ÖPNV-Finanzierung reformieren und die Anschaffung moderner Busse und Bahnen fördern. Im Bahnbereich unterstützt die CDU u.a. das Projekt Stuttgart –Ulm und den umweltgerechten Ausbau der Rheintalbahn.

Rad: Im Vorwort fordert die CDU „Schluss (...) mit einer Regierung, die lieber Fahrradwege anstatt moderne Verkehrswege baut.“ Sie will die Pflicht für Fahrradstellplätze in der Landesbauordnung rückgängig machen und sich „weiterhin für eine attraktive Radverkehrsinfrastruktur einsetzen und den Radverkehr angemessen fördern“. Die Partei will die Verkehrssicherheit verbessern und sich für den Moped-Führerschein ab 15 einsetzen.

Sonstiges: Die CDU will den kombinierten Güterverkehr stärken, mehr Güter auf die Wasserstraßen bringen und strebt den Regelbetrieb für Lang-Lkw an. Sie will die Regionalflughäfen wieder bezuschussen und ihre Erreichbarkeit auf der Straße und mit öffentlichen Verkehrsmitteln verbessern. Die Partei will vernetzte Mobilität und intelligente Verkehrslenkung ausbauen und mit Industrie und Wissenschaft die Elektromobilität, alternative Antriebsformen und autonomes Fahren voran bringen.



Die GRÜNEN sehen Verkehrspolitik als "aktive Klimaschutzpolitik" und wollen eine neue Mobilitätskultur im Land. Sie wollen das Land „gemeinsam mit der Autoindustrie zum Pionierland für nachhaltige Mobilität“ machen mit mindestens 60% der Investitionen für den Umweltverbund.

Auto: Die GRÜNEN wollen im Straßenbau das Prinzip „Erhalt vor Aus- und Neubau“ konsequent umsetzen, mit Neu- und Ausbau nur bei hochbelasteten Verkehrsachsen und zur Entlastung stark befahrener Orte. Sie wollen für die Einhaltung der Lärm- und Luftgrenzwerte sorgen, ggf. auch mit Geschwindigkeitsbeschränkungen und weiterentwickelten Umweltzonen. Die Kommunen sollen innerorts Tempo 30 einführen dürfen.

Öffentlicher Verkehr: Die GRÜNEN wollen die Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr bis 2030 verdoppeln mit einer stündlichen Anbindung aller Orte werktags von 5 bis 24 Uhr. Weitere „Regiobuslinien“ sollen Lücken im Schienennetz schließen, Systeme wie E-Ticketing, Echtzeitinformationen und elektronische Anschlusssicherung gefördert werden. Sie wollen verbesserte Fernbus-Terminals mit gutem ÖPNV-Anschluss und die LKW-Maut für Fernbusse.

Rad: Die GRÜNEN wollen den Radverkehrsanteil bis 2020 verdoppeln. Sie weisen auf die geänderte Landesbauordnung, die Fahrradstellplätze vorschreibt und Kommunen erlaubt, die Anzahl der Kfz-Stellplätze für Wohnungen zu reduzieren. Sie wollen mehr Mittel für den Radverkehr bereitstellen und setzen sich für attraktive Fahrradabstellmöglichkeiten, Fahrradverleihsysteme und die Schaffung von Radschnellwegen ein.

Sonstiges: Die GRÜNEN wollen mehr Güterverkehr auf Schiene und Wasserstraße verlagern, eine nachhaltige City-Logistik entwickeln und Fahrzeuge wie E-Vans oder Lastenräder fördern. Der Flugverkehr soll seine Kosten inkl. Umweltkosten voll selbst tragen. Die Partei unterstützt die elektronische Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger und ein intelligentes Mobilitätsmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Sie will starke Anreize für Elektromobilität und Carsharing und gute Rahmenbedingungen für automatisiertes Fahren schaffen.



Die SPD setzt auf Sanierung und Ausbau der Landesstraßen und Verbesserungen im ÖPNV. Daneben verweist sie auf Erfolge wie die Umschichtung von Finanzmitteln zugunsten des Umweltverbundes und verstärkte Instandhaltung im Straßennetz.

Auto: Die SPD weist auf die Verdreifachung der Erhaltungsmittel für Landstraßen und Brücken hin und will den Aus- und Neubau von Landesstraßen, soweit dieser sinnvoll und notwendig ist.

Öffentlicher Verkehr: Die SPD will den ÖPNV generell weiter ausbauen und fordert weiterhin genügend Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Sie fördert die Vernetzung mit Verkehrsträgern wie Carsharing und Elektrofahrzeugen und will die ÖPNV-Finanzierung reformieren, um die ÖPNV-Versorgung landesweit zu gewährleisten. Sie will die Zahl der Verkehrsverbände verringern, um so Spielraum für Leistungsverbesserungen zu schaffen, und den Schienenausbau weiter vorantreiben

Rad: Die SPD strebt ein lückenfreies, gut ausgebautes und beschildertes Radwegenetz an. Sie verweist auf den separaten Haushaltstitel für den Radwegebau und die auf 50% gesteigerte Förderung für kommunale Radwege.

Sonstiges: Die SPD will mit einem Güterverkehrskonzept mehr Güter von der Straße auf Schiene und Wasserstraße bringen.



Die FDP adressiert Mobilität unter dem Aspekt der Infrastruktur für die Wirtschaft und als Innovationstreiber für technische Entwicklungen.

Auto: Die FDP will die Mittel für Erhalt und Ausbau der Landesstraßen steigern und den Straßenbauanteil wieder auf 60% erhöhen. Sie will den Verkehrsfluss auf Autobahnen verbessern. Geschwindigkeitsbegrenzungen sollen überprüft, Kontrollen auf Unfallschwerpunkte begrenzt werden. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen oder Tempo 30 als innerörtliche Basisgeschwindigkeit lehnt die Partei ab. Sie will Carsharing soll vorantreiben durch Kooperationen mit ÖPNV-Betrieben und die Schaffung besonderer Stellplätze in den Kommunen.



Öffentlicher Verkehr: Die FDP will den ÖPNV im ländlichen Raum weiterentwickeln durch Rufbusverkehre, die Integration von Taxiunternehmen und Bürgerbusse. In Ballungsräumen will sie den ÖPNV systematisch ausbauen. Sie will die Kommunen beim Bau von Fernbusbahnhöfen unterstützen und setzt sich ein für Stuttgart 21, die Strecke nach Ulm und den umweltgerechten Ausbau der Rheintalbahn.

Rad: Die FDP sieht das Rad als ökologische und gesunde Alternative zum Auto. In den Kommunen sollen Radwege auch auf Berufspendler ausgerichtet werden, und die Partei setzt auf Ladestationen für Elektrofahräder und den Ausbau von Radmietangeboten.

Sonstiges: Die FDP will die Verkehrsflughäfen besser über Straße und Schiene anbinden. Sie fördert neue Antriebstechnologien, Lärmschutz, lärm-differenzierte Trassen- und Flughafenengebühren, vernetzte Mobilitätszentralen und ein integriertes Verkehrsmanagement, das den Personen- und Güterverkehr als Gesamtsystem optimiert.



Die AfD behandelt Mobilität eher knapp unter „Infrastruktur“. Die Abschnitte betreffen zu 80% das Auto, zu 20% den ÖPNV.

Auto: Die AfD fordert mehr Mittel für Erhalt und Ausbau der Straßen und die Rücknahme von Geschwindigkeitsbegrenzungen, die nur durch „Pseudoargumente“ begründet sind: „Geschwindigkeitsbegrenzungen wegen Umweltschutz oder Luftreinhaltung sind, da mittlerweile fast alle Fahrzeuge Euro-2 oder höher erfüllen, sinnlos ...“ Sie fordert genügend Parkraum in den Städten und will Konzepte wie z.B. Carsharing fördern.

Öffentlicher Verkehr: Die AfD will Fahrkartenmodelle ergänzen um z.B. die Berechtigung für Leihfahräder und fordert einheitliche Entfernungszonen für den ÖPNV.

Rad: Passend zur Aussage „Die Klimaschädlichkeit des anthropogenen CO₂ ist in der Fachwelt hoch umstritten, der deutsche Anteil am weltweiten CO₂ Ausstoß ist verschwindend gering.“ lehnt die AfD „die deutsche CO₂-Vermeidung (...) ab“. Konsequenterweise wird der Radverkehr neben der o.g. Stelle im Wahlprogramm nur noch einmal erwähnt: Die AfD fordert, „neue und teilweise absurde Vorgaben – z.B. (...), überdachte Fahrradstellplätze“ wieder aus der Landesbauordnung zu entfernen.

V.i.S.d.P.: Manfred Stindl, VCD Regionalverband Rhein-Neckar e.V., eMail: rhein-neckar@vcd.org